

Antrag: Rüstung unter demokratische Kontrolle: Für eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Übergewinnsteuern in Krisenzeiten

Antragsstellende: LAG Frieden und Internationale Politik

Derzeit finden Debatten über eine Erneuerung des Grundsatzprogramms statt – insbesondere vor dem Hintergrund aktueller friedenspolitischer Herausforderungen.

Gerade im Kontext der Aufrüstung der Bundeswehr und der Waffenlieferungen an die Ukraine sowie im Hinblick auf vergangene und zukünftige Rüstungsexporte stellt sich die Frage: Welches Primat gilt – das privatwirtschaftlicher Interessen oder das der Politik?

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Linke Thüringen spricht sich dafür aus, dass im zukünftigen Grundsatzprogramm das Ziel der Verstaatlichung zentraler Bereiche der deutschen Rüstungsindustrie verankert wird – insbesondere, wenn es um die Produktion von militärischem Großgerät, oder Waffen, Waffensystemen und Munition in großer Stückzahl geht.

Darüber hinaus setzt sich Die Linke Thüringen dafür ein, dass im Grundsatzprogramm die Einführung einer Übergewinnsteuer gefordert wird. Diese soll nicht nur für Unternehmen der (noch) nicht verstaatlichten Rüstungsindustrie gelten, sondern für alle Unternehmen, die unplanmäßig von Krisen jeglicher Art profitieren.

Begründung:

Bisherige Erfahrungen mit Rüstungsexporten zeigen deutlich, dass humanistische und ethische Erwägungen in der Bundesrepublik häufig hinter privatökonomischen Interessen zurücktreten.

So ist in Deutschland nicht das Auswärtige Amt (AA), sondern das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) für die Exportkontrolle zuständig^[1]. Dies führt unter anderem dazu, dass laut dem Rüstungsexportbericht 2018^[2] nur 0,8 % der Einzelgenehmigungen – sowohl nach Anzahl als auch nach Warenwert – abgelehnt wurden^[3] ab 3:45].

Dessen sind sich auch viele Politiker*innen bewusst und formulieren das auch. So argumentierte etwa Rainer Stinner, ehemaliger außenpolitischer Sprecher der FDP, bereits 2013, dass die Bundeswehr nicht ausschließlich auf ausländische Waffensysteme angewiesen sein dürfe und deutsche Rüstungsunternehmen deshalb günstig und profitabel sein müssten^[4] ab 4:30 und 27:45]. Damit rechtfertigte er auch Rüstungsexporte in Länder wie den Iran oder Saudi-Arabien. Auch Dr. Martin Schäfer, ehemaliger Sprecher des Auswärtigen Amtes (AA), betonte 2015 die Bedeutung der "Vertragstreue deutscher Unternehmen" im Kontext von Rüstungsexporten^[5] – entscheidend für die Außenpolitik seien somit vor allem Chancen und Ansehen deutscher Firmen bei Golfmonarchien. Solche Äußerungen zeigen, dass es beim Export von Rüstungsgütern zuallererst - wenn nicht gar ausschließlich - um die Interessen der Privatwirtschaft geht.

Rüstungsunternehmen selbst argumentieren ebenfalls primär ökonomisch: So beklagte man wohl aus dem Umfeld von KNDS Deutschland (ehemals Krauss-Maffei Wegmann) eine chronische Unterbeschäftigung^[4] ab

43:45]. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine 2014 und der russischen Annektion der Krim, verklagte Rheinmetall die Bundesregierung wegen entgangener Gewinne, als der geplanter Gefechtsstand in Russland nicht mehr errichtet werden konnte^[6]. Vorstandsvorsitzender Armin Papperger begründete die Klage mit dem Aktienrecht und der Verantwortung gegenüber den Aktionären^[7] ab 11:00].

Wenn privatwirtschaftliche Interessen zur Maxime politischen Handelns werden, resultieren daraus Skandale wie der Panzer-Deal mit Saudi-Arabien^[8] – zu einer Zeit, als das saudische Königshaus im Zuge der Arabellion Proteste brutal niederschlug^[9] und dabei auch Waffen aus Deutschland genutzt hätte^[10]. Ebenso belegen Angriffe der Türkei auf kurdische Gebiete – sowohl in den 1990er Jahren^[11], als auch in jüngerer Vergangenheit^[12], im In- wie Ausland – den Missbrauch deutscher Rüstungsexporte.

Die Amtszeit des ehemaligen Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel (FDP), steht exemplarisch für das friedens- und sicherheitspolitische Versagen der Bundesregierung im Interesse privater Rüstungskonzerne^[13].

Für eine ethischere Außen- und Rüstungspolitik muss das Primat der Politik gelten – und damit das Primat demokratischer Kontrolle. Deshalb gehört die Rüstungsindustrie in öffentliche Hand und in vollständige öffentliche Verantwortung. Deshalb gehören auch Profite gesondert besteuert, die private Unternehmen aus Krisensituationen heraus generieren - sogenannte Übergewinne - um der öffentlichen Hand die Möglichkeit zu geben, diese Krisen zum Wohle aller besser bewältigen zu können.

[1] Fragen und Antworten zu Rüstungsexporten - Nach welchen gesetzlichen Grundsätzen werden Rüstungsgüter und Kriegswaffen in Deutschland exportiert?

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Aussenwirtschaft/faq-ruestungsexporte.html>

[2] Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2018
Einzelgenehmigungen: 11.142 bewilligt; 88 nicht bewilligt;

Gesamtwert: 4,824 Mrd. € bewilligt; 39,43 Mio. € nicht bewilligt;

Sammelausfuhrgenehmigungen nicht mit berücksichtigt.

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht-2018.pdf>

[3] Jung&Naiv - Außenpolitik der Bundesregierung: Waffenkonzerne schützen!

<https://youtu.be/8oKzLbSCVWg?si=rubqC-uUH1ejFJi4>

[4] Phoenix - Deutsche Rüstungsexporte - Frieden schaffen mit mehr Waffen? - Phoenix Runde vom 21.02.2013

https://youtu.be/_SiPj1QZOAg?si=mBhKahiRA8GLAu0J

[5] Jung&Naiv - Außenpolitik der Bundesregierung: Waffenkonzerne schützen!

https://youtu.be/8oKzLbSCVWg?si=FEL3ug2dWeo4hsC_

[6] Tagesschau - Rheinmetall fordert 120 Millionen Euro

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/rheinmetall-schadensersatzforderungen-bundesregierung-101.html>

[7] 11KM Podcast - Rheinmetall: Gute Panzer, schlechte Panzer

<https://www.ardaudiothek.de/episode/11km-der-tagesschau-podcast/rheinmetall-gute-panzer-schlechte-panzer/tagesschau/12891411/>

[⁸] Spiegel - Regierung im Panzer

<https://www.spiegel.de/politik/regierung-im-panzer-a-5550614c-0002-0001-0000-000079408579>

[⁹] Süddeutsche Zeitung - Riad kündigt Politik der eisernen Faust an

<https://www.sueddeutsche.de/politik/schiiten-sorgen-fuer-unruhen-in-saudi-arabien-riad-kuendigt-politik-der-eisernen-faust-an-1.1155983>

[¹⁰] TAZ - Kritik an Panzer-Export

<https://taz.de/Ruestdungsdeal-mit-Saudi-Arabien/!5117185/>

[¹¹] TAZ - Die Menschenrechtslüge

<https://taz.de/!1675234/>

[¹²] Spiegel - Das Fanal von Afrin

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erobert-afrin-mit-deutschen-panzern-gegen-kurden-a-1198807.html>

[¹³] Spiegel - Diese Rüstungsgeschäfte fallen in Niebels Amtszeit

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/dirk-niebel-und-rheinmetall-die-ruestungsdeals-des-ex-ministers-a-978764.html>